



Berlin, 18. Mai 2021
Geschäftszeichen:
ZR 4-1334-IFG-087/2021
Bezug: Ihre E-Mail vom 17. Mai 2021
Anlagen: -

Referat ZR 4
Geheimchutz, Informationsfreiheit

bearbeitet von:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35230 (Vz)
Fax: +49 30 227-36970
informationsfreiheit.zr4@bundestag.de

Dienstgebäude:

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
10117 Berlin

Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Sehr

mit Ihrer E-Mail vom 17. Mai 2021 bitten Sie:

„bitte senden Sie mir Folgendes zu:

Das Bundestagsgutachten, von dem im Tagesschau-Artikel
„Deutsche Firmen in China unter Druck“ [1] berichtet wird.

[1] <https://www.tagesschau.de/ausland/lieferkettengesetz-china-101.html>“

Nach einer ersten Prüfung Ihres Antrags teile ich Ihnen mit, dass externe Links hier aus Sicherheitsgründen nicht geöffnet werden und dementsprechend nicht zur Konkretisierung eines Antrags dienen können.

Der Deutsche Bundestag ist zur Herausgabe von amtlichen Informationen gemäß § 1 Absatz 1 Satz 2 IFG verpflichtet, soweit er öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt und keine Ausschlussgründe entsprechend der §§ 3 ff. IFG vorliegen. Nach der Gesetzesbegründung bleibt der spezifische Bereich der Wahrnehmung parlamentarischer Angelegenheiten von der Anwendung des IFG ausgenommen. Ein Anspruch auf Informationszugang nach dem IFG besteht nur, soweit die begehrten Informationen bei der auskunftspflichtigen Stelle tatsächlich vorhanden sind und nicht in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen selbst beschafft werden können.



Unabhängig davon teile ich Ihnen außerhalb des IFG und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht mit, dass Fachinformationen, Ausarbeitungen und Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages seit mehreren Jahren proaktiv auf der Homepage des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de zum Download bereitgestellt werden. Bitte nutzen Sie dort die allgemeine Suchfunktion. Diese erlaubt neben der Suche nach Geschäftszeichen insbesondere auch eine Suche nach Schlagworten als Suchbegriff. Eine Einschränkung des relevanten Zeitraums ist ebenso möglich, wie auch eine chronologische Sortierung oder die Beschränkung der Anzeige des Suchergebnisses auf Analysen und Gutachten innerhalb gefundener Dokumente.

Es wird vermutet, dass Ihre Anfrage auf die kürzlich veröffentlichte Ausarbeitung mit dem Titel „Die Uiguren in Xinjiang im Lichte der Völkermordkonvention“ gerichtet ist. Die Ausarbeitung ist unter

<https://www.bundestag.de/resource/blob/842080/36cc70595f4d20a03e609de00eabce4d/WD-2-027-21-pdf-data.pdf>

frei recherchierbar.

Sollten Sie über diese allgemeinen Informationen hinaus einen rechtsmittelfähigen Bescheid wünschen oder Ihr Antrag auf einen anderen Antragsgegenstand gerichtet sein, bitte ich um entsprechende Mitteilung beziehungsweise Konkretisierung des Antrags bis zum 4. Juni 2021. Anderenfalls werde ich davon ausgehen, dass Sie Ihren Antrag nicht weiter verfolgen und das hiesige Verwaltungsverfahren ohne weitere Nachricht einstellen.

Die aktuellen Datenschutzhinweise, die Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages informieren, sind unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.bundestag.de/datenschutz>



Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

